

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 21.11.2013
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Ludwig Artmeyer	Bocholt	anwesend ab 17:10 Uhr / TOP 1
Josef Berghaus	Schöppingen	
Reinhard Böcker	Ahaus	
Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Otger Harks	Stadtlohn	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Norbert Oenning	Borken	
Maja Saatkamp	Borken	
Markus Schulte	Gronau	
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	anwesend bis 18:05 Uhr / TOP 2
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	anwesend bis 18:05 Uhr / TOP 2
Alfons Wissing	Schöppingen	

Gäste:

Peter Kleyboldt Geschäftsführer der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH (egw)

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues
Cordula Thume
Kordula Blickmann
Stefan Pelz
Edith Gülker
Peter Nattefort

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Magdalene Garvert eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Besonders begrüßt Frau Garvert den Geschäftsführer der egw, Herrn Peter Kleyboldt. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Frau Garvert weist darauf hin, dass nach Versand der Einladung zwei Änderungen hinsichtlich der Tagesordnung eingetreten seien. Zum einen habe sie entschieden, den Sachstandsbericht zur Stellungnahme der Kreisverwaltung zum Landesentwicklungsplan (LEP) als eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Außerdem habe die Fraktion B90/Die Grünen gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 KrO beantragt, den Tagesordnungspunkt „Darstellung der Änderungen aus den Erörterungsterminen zum Fortschreibungsentwurf des Regionalplanes Münsterland für den Kreis Borken“ aufzunehmen. Gegen die entsprechende Erweiterung der Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Frau Tanjek beantragt zur Geschäftsordnung, den als Tagesordnungspunkt 7 vorgesehenen Sachstandsbericht zur Stellungnahme der Kreisverwaltung zum Landesentwicklungsplan von der Tagesordnung zu streichen und die Thematik stattdessen in einer zusätzlichen Sitzung Mitte Januar 2014 zu behandeln. Bereits im Oktober habe die SPD-Fraktion die Ausschussvorsitzende darum gebeten, die November-Sitzung des Ausschusses für Umwelt auf 16 Uhr vorzuziehen, da am Sitzungstag ab 18 Uhr auch eine Fraktionssitzung stattfindet. Frau Tanjek äußert ihr Unverständnis, dass diesem Wunsch nicht gefolgt wurde. Sie befürchte, dass diejenigen Vertreter der SPD-Fraktion, die die heutige Umweltausschuss-Sitzung um 18 Uhr verlassen müssen, nicht ausreichend Informationen zur Thematik erhalten könnten. Frau Garvert bittet um Verständnis für das Festhalten am geplanten Sitzungsbeginn. Die Termine für die Ausschuss-Sitzungen seien seit November 2012 bekannt. Dies hätte die SPD-Fraktion bei der Planung ihrer Termine berücksichtigen sollen.

Herr M. Schulte weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung lediglich zum Sachstand der Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan berichtet werde. Für eine inhaltliche Diskussion des Themas biete die Sitzung des Ausschusses für Umwelt am 30.01.2014 ausreichend Gelegenheit. Herr Berghaus und Frau Saatkamp schließen sich der Aussage Herrn M. Schultes grundsätzlich an.

Herr Grothues bietet seitens der Verwaltung an, die LEP-Stellungnahme der Kreisverwaltung nach Versand der diesbezüglichen Sitzungsvorlage noch vor der Januar-Sitzung des Umweltausschusses in den Fraktionen zu erläutern.

Frau Garvert lässt über den Antrag, den Sachstandsbericht zur Stellungnahme der Kreisverwaltung zum Landesentwicklungsplan von der Tagesordnung zu streichen, abstimmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun stellt Frau Garvert den Antrag, die Thematik Mitte Januar 2014 bei einer zusätzlichen Ausschuss-Sitzung erneut zu behandeln, zur Abstimmung.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Garvert plädiert dafür, den Sachstandsbericht zur LEP-Stellungnahme an den Beginn der Sitzung vorzuziehen, damit alle Vertreter der SPD-Fraktion an der diesbezüglichen Beratung teilnehmen können. Im Ausschuss besteht Einvernehmen hierzu.

Weitere Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Stellungnahme der Kreisverwaltung zum Landesentwicklungsplan NRW Sachstandsbericht

Herr Grothues führt in die Thematik ein. Er weist darauf hin, dass der Landkreistag NRW hierzu eine erste Einschätzung aus kommunaler Sicht getroffen habe.

Anschließend übernimmt Frau Thume das Wort. Sie stellt sich zunächst vor. Seit Dezember 2012 stehe sie der neu gebildeten Abteilung „Raumplanung, Wasserwirtschaft, Landschaft, Abgrabungen“ vor, die alle vom Fachbereich Natur und Umwelt des Kreises zu beurteilenden Planungs- und Genehmigungsverfahren bearbeite.

Frau Thume berichtet anhand eines Folienvortrages. Ihre Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei. Frau Thume erinnert unter anderem daran, dass der Regionalplan und weniger der Landesentwicklungsplan die für den Kreis ausschlaggebende Planungsebene sei.

Frau Garvert dankt Frau Thume für ihren Vortrag. Ihrer Ansicht nach solle sich der Ausschuss für Umwelt im Rahmen seiner Möglichkeiten in die Diskussion der Landesentwicklungsplanung einbringen. Sie bezieht sich auf die erfolgte politische Arbeit in den verwandten Themenbereichen Kompass 2025, Regionalplan Münsterland und Region in der Balance.

Herr Harks bezweifelt die Möglichkeit einer politischen Diskussion, bevor detaillierte Informationen und ein Entwurf der Stellungnahme des Kreises bekannt seien.

Herr M. Schulte stimmt dem grundsätzlich zu. Angesichts des Planungsmaßstabs von 1 : 300.000 warnt er jedoch davor, sich in Details zu verrennen. Allerdings befürchte er, dass der ländliche Raum als Flächenausgleichsbereich für Defizite in industriell geprägten Landesteilen herangezogen werden könnte. Ein gewisses Maß an Flexibilität müsse dem kreisangehörigen Raum bleiben, um beispielsweise auch künftig neue Gewerbeflächen ausweisen zu können.

Frau Tanjsek erinnert, dass der im Dezember 2013 vom Regionalrat zu beschließende Regionalplan Münsterland gegenüber dem vorhergehenden Plan 5.500 ha weniger Fläche als Bereich zum Schutz der Natur ausweise, die anderen Nutzungen wie auch der Landwirtschaft zugutekämen. Insofern könne von einer einseitigen Entwicklung nicht die Rede sein.

Herr Stilkenbäumer ist der Ansicht, dass für eine inhaltliche Beratung ein mit den kreisangehörigen Kommunen abgestimmter Entwurf einer Stellungnahme vorliegen müsse.

Herr Grothues unterstreicht dies. Es solle bewusst davon abgesehen werden, Zwischenmeldungen abzugeben. Er bietet an, die in der Ausschuss-Sitzung am 30.01.2014 zu beratende Sitzungsvorlage den Fraktionen so bald wie möglich zuzustellen. Auf Wunsch könne die Verwaltung diese noch vor dieser Umweltausschuss-Sitzung in den einzelnen Fraktionen erläutern. Frau Thume sagt zu, mit der Niederschrift einen auf den Kreis Borken bezogenen Ausschnitt aus der Karte zum Entwurf des Landesentwicklungsplans einschließlich Legende zu versenden (Anlage 2 zur Niederschrift).

Im Ausschuss besteht Einvernehmen über die vorgeschlagene Verfahrensweise.

Punkt 2: Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie – Sachstandsbericht

Herr Pelz trägt anhand einer Präsentation vor (Anlage 3 zur Niederschrift). Er geht dabei insbesondere auf die geplante Fischaufstiegsanlage in Velen-Ramsdorf ein.

**Punkt 3: Hochwasserschutz an der Issel
Hochwasserschutzkonzept - Vereinbarung
Vorlage: 0253/2013**

Herr Grothues erläutert die Sitzungsvorlage.

Herr Artmeyer begrüßt den vorliegenden Vereinbarungsentwurf. Auf seine Frage bestätigt Herr Pelz, in der Vereinbarung seien die Städte Borken, Rhede und Bocholt nicht genannt. Dies läge daran, dass diese Kommunen nicht direkt von den möglichen Hochwasserereignissen der Issel betroffen seien. Jedoch sei die spätere Mitarbeit am Hochwasserschutzkonzept auch mit diesen Städten vorbesprochen.

Eine Nachfrage von Frau Saatkamp zielt auf die im künftigen Regionalplan dargestellten Überschwemmungsbereiche. Frau Thume stellt klar, dass im Regionalplan die zum jeweiligen Zeitpunkt festgesetzten Überschwemmungsgebiete nachrichtlich ausgewiesen werden. Herr Pelz ergänzt, unabhängig hiervon erfolge eine regelmäßige Aktualisierung der festgesetzten Überschwemmungsgebiete.

Auch Herr Stilkenbäumer begrüßt die beabsichtigte Vereinbarung. Er möchte wissen, ob dem Kreis hieraus zusätzliche Kosten entstehen. Herr Grothues verneint dies.

Herr Harks bittet darum, die in der Anlage zur Vereinbarung angesprochene Öffentlichkeitsbeteiligung auch in Form von Bürgerversammlungen durchzuführen. Herr Pelz sagt zu, dies möglichst zu gewährleisten.

Der Niederschrift ist als Anlage 4 ein Artikel aus dem Bocholter-Borkener Volksblatt vom 21.10.2013 zum Thema beigefügt.

Die Sachdarstellung wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Fortführung des Heckenmanagements im Kreis Borken
Vorlage: 0251/2013**

Herr M. Schulte steht dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber. Er erinnert jedoch daran, dass die Förderung des Konzeptes ausdrücklich als Anschubfinanzierung gedacht gewesen sei. Eine Ausschreibung solle möglichst ohne die Nennung maximaler Förderhöhen formuliert werden.

Auf Frage von Frau Saatkamp nennt Herr Grothues vor allem unterschiedliche Marktverhältnisse als möglichen Grund für die kostendeckende Arbeit in einzelnen Kommunen.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, als ersten Schritt ein Vergabeverfahren zu initiieren, das eine kostendeckende Heckenpflege ohne finanzielle Förderung zum Ziel hat.

**Punkt 5: Interkommunale Zusammenarbeit mit dem Kreis Warendorf auf dem
Gebiet der Abfallentsorgung:
Änderung der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die
Ablagerung von Abfällen zwischen den Kreisen Borken und Warendorf
vom 18.07.2003
Vorlage: 0250/2013**

Frau Blickmann berichtet anhand der Sitzungsvorlage.

Auf Frage von Frau Saatkamp erklärt Herr Kleyboldt, der Betreiber der Zentraldeponie Ennigerloh sei für die Entsorgung für Abfälle der Deponieklasse 2 der Deponieverordnung

zertifiziert. Die dorthin verbrachten Abfälle würden unter Beachtung aller geltenden Vorschriften deponiert.

Herr Artmeyer ist der Ansicht, die Verbringung von Sonderabfällen sollte in der Vereinbarung ausdrücklich ausgeschlossen werden. Frau Blickmann entgegnet, dies sei durch den vorliegenden Wortlaut bereits gegeben. In § 1 der Vereinbarung seien ausschließlich Abfälle angesprochen, die dem § 6 der Deponieverordnung entsprechen. Dadurch sei eine ausreichende Regelung getroffen.

Herr Krasenbrink erkundigt sich nach der voraussichtlichen Höhe der an den Kreis Warendorf zu zahlenden Entschädigung. Herr Kleyboldt erläutert, dies hänge von der anfallenden Abfallmenge ab. Derzeit seien dies rund 2.000 bis 4.000 Tonnen im Jahr, für die etwa 100 €/t zu entrichten seien. Die Abfallmengen unterlägen jedoch Schwankungen. So falle momentan eine verhältnismäßig große Menge asbestbelasteter Materialien aus Dachsanierungen im Zusammenhang mit der Errichtung von Photovoltaikanlagen an.

Beschluss: einstimmig

Der dargestellten Änderung der interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Kreis Warendorf wird zugestimmt. Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Änderung der Vereinbarung über die Ablagerung von Abfällen zwischen den Kreisen Borken und Warendorf abzuschließen.

**Punkt 6: Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Borken und der Stadt Gescher vom 10.08.2004
Vorlage: 0249/2013**

Auf Frage von Herrn Harks gibt Herr Kleyboldt an, derzeit würden mit 5 weiteren kreisangehörigen Kommunen Gespräche zu vergleichbaren Regelungen geführt.

Beschluss: einstimmig

Der fristgerechten Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Kreis Borken und der Stadt Gescher vom 10.08.2004 zum 31.12.2014 wird zugestimmt.

**Punkt 7: Controllingbericht zum 30.09.2013
Vorlage: 0238/2013**

Auf Nachfrage Frau Saatkamps legt Frau Gülker dar, die finanziellen Veränderungen bei den Maßnahmen nach der ELER-Verordnung (Produkt 06.03.01) beruhen auf einer zeitlichen Verschiebung bei den vom Kreis Borken zu erstellenden Maßnahmekonzepten für FFH-Gebiete. Die Maßnahme werde ab 2014 abgewickelt.

Herr Harks hinterfragt die bei den Kennzahlen zu den Produkten 06.05.02 und 06.05.03 angegebene verringerte Überwachung der Abfallentsorgung. Frau Gülker teilt mit, es sei momentan noch keine Entspannung der Personalsituation absehbar. Herr Grothues versichert bezüglich einer Wortmeldung Herrn Artmeyers, selbstverständlich komme der Kreis weiterhin seiner gesetzlichen Überwachungsverpflichtung nach.

Die Ergebnisse des Controllingberichtes zum 30.09.2013 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Darstellung der Änderungen aus den Erörterungsterminen zum Fortschreibungsentwurf des Regionalplanes Münsterland für den Kreis Borken

Zur Angelegenheit hat die Verwaltung einen Vermerk erstellt, der als Tischvorlage bereit liegt (Anlage 5 zur Niederschrift).

Herr Grothues informiert anhand des Vermerks. Er weist darauf hin, dass im Textteil des nun vorgelegten Fortschreibungsentwurfs zahlreiche Änderungen vorgenommen wurden. So sei beispielsweise die Verpflichtung für die nachfolgende Landschaftsplanung entfallen, die dargestellten Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) „entweder in ihrer Gesamtläche oder in ihren überwiegenden Teilen“, also zu mehr als 50%, als Naturschutzgebiete festzusetzen. Der Fachlichkeit werde so mehr Raum gegeben.

Frau Saatkamp spricht verschiedene Verkleinerungen von Bereichen zum Schutz der Natur an. Herr Grothues betont, die Flächen seien jeweils aus naturschutzfachlichen Gründen verringert worden.

Herrn Artmeyer ist aufgefallen, dass aktuell viele größere Waldgebiete anders als zuvor nicht mehr als Bereich zum Schutz der Natur ausgewiesen seien, obwohl diese aus seiner Sicht naturschutzwürdig seien. Er sehe die Funktion des Regionalplans als Landesrahmenplan gefährdet.

Frau Garvert hält entgegen, der Kreistag habe am 21.07.2011 mehrheitlich entschieden, auf Basis der seinerzeit erfolgten anpassenden fachlichen Einschätzungen des Fachbereichs Natur und Umwelt Stellung zu nehmen. Diese Stellungnahme sei von der Bezirksplanungsbehörde berücksichtigt worden.

Punkt 9: Mitteilungen der Vorsitzenden

Am Donnerstag, 06.03.2014 um 17:00 Uhr findet eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt statt.

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gülker berichtet über die Fortschritte des EEA-Teams, dem auch Mitglieder des Kreistags angehören. Das vom Kreistag am 18.03.2010 beschlossene Klimaschutzkonzept werde derzeit fortgeschrieben. Ein Kommunikationskonzept zum Klimaschutzkonzept sei ausgeschrieben worden. Im Rahmen des EEA-Prozesses habe man die Möglichkeiten zum Erwerb des Status „100% Erneuerbare-Energie-Region“ (100ee-Region) geprüft. Das Institut „Dezentrale Energietechnologien“ habe die gemeldeten Daten bewertet. Im Ergebnis sei dem Kreis Anfang November 2013 das Recht zuerkannt worden, sich 100% Erneuerbare-Energie-Region nennen zu dürfen. Weitergehende Informationen seien der Internet-Seite <http://www.100-ee.de/> zu entnehmen. Momentan werden im energiepolitischen Arbeitsprogramm des EEA-Prozesses 84 Projekte betrieben. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt am 06.03.2014 solle umfassend über das fortgeschriebene Klimaschutzkonzept und den Maßnahmenkatalog berichtet und Beschluss gefasst werden. Frau Gülker äußert sich zuversichtlich, dass der Kreis Borken im September 2014 den EEA in Gold erreichen könne.

Herr Grothues erklärt, die Abwicklung des NRW-Ziel2-Projektes „Grenzenlose Naturerlebnisse“ sei weitgehend abgeschlossen. Kern des Projektes seien die Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung der Natura-2000-Gebiete für den Tourismus sowie die naturschutzfachliche Optimierung dieser Bereiche gewesen. Es seien beispielsweise neue Blänken angelegt, Weideflächen eingezäunt, Wegeführungen optimiert sowie Kanzeln und

Infotafeln aufgestellt worden. Auch sollte die Bevölkerung durch entsprechende Publikationen für diese Gebiete sensibilisiert werden. Insgesamt, so Herr Pelz, wurden rund 2 Mio. € verausgabt, die zu 80% vom Land NRW und der EU erstattet wurden. Am 21.05.2014 solle ein Abschlusstermin zum Projekt unter Teilnahme des nordrhein-westfälischen Umweltministers stattfinden.

Herr Grothues informiert zum Netzentwicklungsplan 2013. Im Kreis Borken befänden sich schon jetzt mehr als 230 Windkraft- und rund 90 Biogasanlagen. Er gehöre damit zu den Kreisen mit den meisten Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie in NRW. Durch die zu erwartende Ausweisung von weiteren Windkonzentrationszonen werde sich die Flächenbelastung weiter erhöhen. Mit dem Bau einer zusätzlichen HGÜ-Leitung, wie im Netzentwicklungsplan vorgesehen, würde sich die Belastung des hiesigen Raumes weiter erhöhen. Der Kreis Borken, so Grothues weiter, habe sich bereits im Oktober 2012 gegenüber der Bundesnetzagentur kritisch zu den Plänen geäußert, eine umfassende Raumverträglichkeitsprüfung gefordert und insgesamt um eine kritische Überprüfung der Planungsansätze gebeten. Auf diese Stellungnahme sei in einer neuerlichen Eingabe der Kreisverwaltung an die Bundesnetzagentur am 24.10.2013 Bezug genommen worden.

Frau Gülker teilt mit, das Kuratorium der Stiftung Kulturlandschaft des Kreises Borken habe die Mitgliedschaft der Stiftung im Netzwerk Nationales Kulturerbe beschlossen. Die Stiftung erhoffe sich daraus unter anderem eine günstigere Position zum Erwerb des Fliegerberg-Geländes in Borken von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben.

Punkt 11: Anfragen

Auf Anfrage von Herrn Wissing räumt Frau Garvert ein, dass von der Verwaltung bereits mehrfach eine Berichterstattung zum Schlingeprojekt im Ausschuss für Umwelt angeboten wurde, jedoch mangels terminlicher Möglichkeit wieder von der Tagesordnung genommen werden musste. Herr Pelz teilt mit, im Februar 2014 finde ein diesbezügliches Pressegespräch statt. Es biete sich an, anschließend im Umweltausschuss zu berichten.

Vorsitzende Magdalene Garvert schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort